



Bayer ist ein weltweit tätiges Unternehmen mit Kernkompetenzen in den Life-Science-Bereichen Gesundheit und Ernährung.

- **Im Geschäftsjahr 2023 erzielten wir in Deutschland mit über 22.000 Beschäftigten und 950 Auszubildenden einen Umsatz von 2,45 Milliarden Euro;**
- **Unsere Ausgaben für Forschung und Entwicklung umfassten 2,62 Milliarden Euro. Das ist fast die Hälfte der Forschungsausgaben von Bayer weltweit;**
- **Zudem investierten wir mit 917 Millionen Euro rund ein Drittel unserer weltweiten Ausgaben in die Modernisierung und Instandhaltung unserer Anlagen an unseren Standorten und**
- **zahlten mit 359 Millionen Euro rund 30% unserer weltweiten Ertragssteuern in Deutschland.**

Als deutsches Unternehmen mit rund 95.000 Mitarbeitenden in mehr als 80 Ländern fördern wir ausdrücklich die Vielfalt von Meinungen und Lebenseinstellungen. Ebenso klar sagen wir auch: **Ausgrenzung und Hass sind keine Meinung.** Für diese Position stehen wir ein, als einzelnes Unternehmen und auf verschiedenen Plattformen, wie zum Beispiel der Unternehmensinitiative „Wir stehen für Werte“ oder der Kampagne „Nie wieder ist jetzt“.

Politische Forderungen, die eine radikale Umgestaltung bestehender Systeme und eine nationale Rückbesinnung fordern, gefährden den Wirtschaftsstandort Deutschland – und damit unser aller Wohlstand. Weniger Vielfalt, weniger internationale Zusammenarbeit oder weniger Klimapolitik lösen nicht die drängenden Probleme unserer Zeit. Sie führen stattdessen, ganz konkret und hier vor Ort, zu Fachkräftemangel, weniger Wirtschaftswachstum und der Zerstörung unserer Lebensräume.

Wir erachten die Demokratie als ein hohes Gut. Wir sind alle gefragt, sie aktiv mitzugestalten und so zu schützen. Ausdrücklich rufen wir zur Teilnahme an den Wahlen auf – sie sind der wichtige Moment, um konkret Einfluss zu nehmen. Denn wir alle gemeinsam sind es, die bestimmen, wie wir in Zukunft leben und arbeiten wollen.

Die politischen Rahmenbedingungen sind für forschungsintensive Industrieunternehmen wie Bayer von größter Bedeutung. Wir möchten daher auf einige zentrale Punkte für die kommende Legislaturperiode aufmerksam machen.

**Arzneimittelmarktneuordnungsgesetz (AMNOG): Innovationsoffenheit stärken:** Das etablierte AMNOG-System von nutzenbasierter Preisfindung für neue Arzneimittel muss weiterhin fair ausgestaltet bleiben. „Leitplanken“ für die Preise von neuen Arzneimitteln widersprechen diesem Prinzip. Daher sind diese gänzlich zu streichen, um das Verhandlungsprinzip durchgängig zu stärken. Die freie Preisbildung für innovative Arzneimittel ist weiterhin zu erhalten.

Die Geltung eines Innovationspreises für neue Medikamente für zumindest sechs Monate gewährleistet einen schnellen Zugang zu neuen Medikamenten in Deutschland und vermeidet Marktrücknahmen. Das 2024 festgesetzte Verfahren für den Kombinationsabschlag für Arzneimittel mit neuen Wirkstoffen ist äußerst bürokratisch ausgestaltet. Dieser innovationsfeindliche Rabatt ist zurückzunehmen. Zudem ist an der im Jahr 2023 in der Pharma-Strategie der Bundesregierung verankerten Stabilisierung des Herstellerabschlags festzuhalten.

**Bürokratieabbau:** Das Reporting von **Nachhaltigkeitsaktivitäten** kann ein wichtiges Steuerungsinstrument für Unternehmen sein. Die Umsetzung entsprechender Vorgaben darf aber für die Unternehmen nicht zu einer primären **Bürokratieaufgabe** werden. Dies gilt insbesondere für doppelte Berichtspflichten, die sich aus den unterschiedlichen Vorgaben der Unternehmens-Nachhaltigkeitsberichterstattung auf Basis der deutschen Umsetzung der CSRD einerseits und dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz andererseits ergeben. In besonderem Maße gilt das für die sich gerade auf EU-Ebene in der Erarbeitung befindlichen sektorspezifischen Nachhaltigkeitsberichtsstandards (sektorspezifische ESRS), welche Gefahr laufen eine reine Bürokratieaufgabe mit sehr hohem Aufwand zu werden, sowie für eine inländische Anzeigenpflicht für Steuergestaltungen.

Leider haben diese Berichtspflichten zusammen mit der **EU-Taxonomie** bisher nicht zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer und insbesondere deutscher Unternehmen beitragen können. Die Wirtschaftslage zeigt aktuell in die entgegengesetzte Richtung, mit entsprechenden Einbußen für die Nachhaltigkeit. Eine Überarbeitung der Taxonomie mit einem Fokus auf der Entwicklung praktikabler Kriterien für verschiedene Wirtschaftsaktivitäten zunächst für die Klimaziele könnte Bürokratie für Unternehmen und Finanzmarktteilnehmer deutlich reduzieren und eine Lenkungsmöglichkeit der Finanzströme unterstützen. Insbesondere für landwirtschaftliche Aktivitäten ist es erforderlich, dass die Maßnahmen zum Erreichen der Umweltziele mit der Flächeneffizienz der Produktion verbunden werden.

Darüber hinaus muss das **Zulassungssystem** für **Pflanzenschutzmittel** neu strukturiert und effizienter werden. Wie in Österreich und anderen EU-Staaten sollten die Kompetenzen hierzu in einer Behörde gebündelt werden. In Anlehnung an den **Draghi-Bericht** sollte zudem ein ausbalancierter Ansatz zwischen dem Gefahren- und Risikoansatz entwickelt werden. Nur so können Innovationen in diesem Bereich, die eine gezieltere Wirkung bei reduzierten Umwelteffekten leisten, auch Europa und Deutschland erreichen. Zudem müssen standardisierte, rechtssichere und praxisnahe Verfahren für den **Export von Pflanzenschutzmitteln und deren Wirkstoffe** erarbeitet werden, um eine Abwanderung von Produktion zuvorzukommen. Hier kann sehr schnell und sehr einfach ein Signal für bessere Standortbedingungen gesetzt werden.

**Daten:** Mit der **Digitalstrategie** des Bundesministeriums für Gesundheit und der Verabschiedung des Digital-Gesetz sowie des Gesundheitsdatennutzungsgesetz hat Deutschland die Rahmensezung für die Digitale Transformation des Gesundheitswesens geschaffen. Um den Datenschatz, der sich aus Versorgungsdaten ergeben kann, zu heben, ist es notwendig, dass das **Forschungsdatenzentrum** beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zeitnah schafft und wichtiger: Mit adäquaten Ressourcen ausgestattet ist, um auf Anträge schnell zu reagieren sowie Prüfungen und Datenbereitstellung in sicheren Verarbeitungsumgebungen zügig umzusetzen.

Neben der Forschung mit **Versorgungsdaten** ist es wichtig, Register und Studiendaten als interoperable Datenkränze der Gesundheitsforschung nach den FAIR Kriterien zur Verfügung zu stellen. Deutschland verfügt über ein hervorragendes Netz an Universitätskliniken. Wir fordern den Ausbau der Verbundforschung zwischen den Universitätskliniken über Ländergrenzen hinweg, damit der Forschungsstandort Deutschland wie im Sinne des **Medizinforschungsgesetz** dargelegt, Attraktivität gewinnt. Bund und Länder werden aufgefordert, entsprechende Fördertöpfe für dieses gemeinsame Ziel zur Verfügung zu stellen. Das **Netzwerk Universitätsmedizin**, welches bislang ausschließlich vom BMBF gefördert wird, bietet sich hier als zentrale Anlaufstelle und Drehscheibe an, um klinische Studien der Pharmaforschung mit der notwendigen hohen Datenqualität und Ressourcen auszustatten und den Anteil der Studienteilnehmer in Deutschland in Entwicklungsstudien zu erhöhen.

**Digitalisierung/KI:** Künstliche Intelligenz eröffnet in der Life Science-Forschung Möglichkeiten zur Entwicklung neuer Therapien und Wirkstoffe, die vorher kaum möglich waren. Bayer arbeitet zum Beispiel an Lösungen, um Landwirte durch KI-Bildanalyse zu unterstützen, Schad- und Nutzinsekten zu unterscheiden. Um diese Möglichkeiten zu nutzen, sollte die europäische und deutsche Regulierung so ausgestaltet werden, dass eine angemessene Balance aus Chancen- und Risikobetrachtung vorgenommen wird. Der **EU AI-Act** sollte daher in Deutschland rasch umgesetzt werden.

Darüber hinaus sollten auch alle Potentiale der **smart-farming**-Technologien unterstützt werden, um Inputs wie Pflanzenschutzmittel oder Dünger gezielter und damit effizienter eingesetzt werden können. Vorhandene Einsparpotentiale müssen besser genutzt und die Konnektivität auf dem Land flächendeckend ausgebaut werden. Dies ermöglicht erst soziale und wirtschaftliche Teilhabe.

**Ernährungssicherheit:** Um die Welt zu ernähren, die **Umwelt** zu erhalten, **Existenzen** zu sichern und Hungermigration vorzubeugen, sind **zukunftssichere** Lösungen erforderlich, die die Produktivität der Landwirtschaft und ihren **ökologischen Fußabdruck** in Einklang bringen. Letzterer muss dabei die limitiert verfügbare natürliche Ressource Land miteinbeziehen und auf den Ertrag pro Fläche bezogen werden. Die Schließung der Ertragslücken in unterentwickelten Regionen und die Förderung von Innovationen in der Landwirtschaft sind von größter Bedeutung. Die Landwirte sollten überall in der Lage sein, Innovationen wie Saatgut, digitale Technologien, Düngemittel und Pflanzenschutzmittel zu erwerben, effektiv und sicher anzuwenden und einen fairen Zugang zu lokalen, regionalen und globalen Märkten haben. Zudem könnte schon heute

die seit Jahrzehnten kritisierte sogenannte Eiweißlücke mit in Deutschland entwickelten Instrumenten wie der Biotechnologie geschlossen und Abhängigkeiten reduziert werden.

**Gesundheit:** Die Politik hat den Rahmen für eine hochwertige **Selbstmedikation** zu schaffen. Dies erfordert eine öffentliche und politische Anerkennung der Selbstmedikation in der Apotheke. In einigen Ländern gab es hierzu Initiativen, die Modellcharakter haben können. So sollten Patient\*innen ermuntert werden, vor einem ärztlichen Besuch alle Möglichkeiten Weiterführende zur Selbstbehandlung wahrzunehmen, auch unter Einbeziehung ihrer Apotheke. Entsprechende Aufklärungsinitiativen seitens der Politik sollten auch in Deutschland initiiert werden.

Das Thema der **Wechseljahre** hat große gesamtgesellschaftliche Relevanz. Es hat direkte Auswirkungen auf die Gesundheit der Frauen, aber auch ökonomische und soziale Folgen. Daher setzt sich Bayer dafür ein, dass die Politik eine **Menopausenstrategie** entwickelt und an der Umsetzung aktiv arbeitet.

**Handel:** Als multinationales Unternehmen ist Handel eine Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Geschäftserfolg. Als Teil internationaler Wertschöpfungsnetzwerke mit einer Vielzahl von Forschungs- und Entwicklungsstandorten sowie geografisch verstreuten Produktionsstandorten sind wir auf offene Märkte entlang der gesamten Produktionslebenszyklen angewiesen.

Es besteht die Gefahr, dass sich der seit einigen Jahren verstärkende Protektionismus und wirtschaftliche Nationalismus mit den Maßnahmen vieler Staaten zur Eindämmung des Wirtschaftsabschwungs nochmals intensiviert. Eine Rückkehr zu nationaler Produktion und nationalen Lieferketten ist aber keine Option.

Wir plädieren zudem für eine baldige Wiederaufnahme von Verhandlungen für ein Abkommen zur Vermeidung von **Doppelbesteuerung** zwischen **Deutschland** und **Brasilien**. Beide Staaten sollten den politischen Willen aufbringen, die technischen Hürden für ein Abkommen zügig zu überwinden. Ein solches Abkommen würde die Wirtschaftskooperation festigen und Investitionsentscheidungen nachhaltig erleichtern.

**Klima/Energie:** Nachhaltigkeit ist für uns mehr als eine unternehmerische Verantwortung. Sie ist Bestandteil unserer **Unternehmensstrategie**, unserer Geschäftstätigkeit, unserer Unternehmenswerte und der Art und Weise, wie wir unsere Geschäfte führen.

Unsere Strategie ist an den globalen **Nachhaltigkeitszielen** der Vereinten Nationen (UN Sustainable Development Goals, SDGs) ausgerichtet. Wir treiben den Klimaschutz voran und haben uns als Ziel gesetzt, unsere Treibhausgas-Emissionen bis 2050 auf Netto-Null zu reduzieren und haben dies in unserer Klimastrategie und in einem Transition- und Transformationsplan konkret dargelegt. Um die Industrie insgesamt bei der Transformation zu unterstützen, muss allerdings mehr privates Kapital aktiviert werden. Ein wichtiger Hebel dafür sind verbesserte Rahmenbindungen für den Einkauf von **grünem Strom** (power purchase agreements).

Auch der Bereich **Biofuels** stellt eine wichtige Brücke auf dem Weg zur klimaneutralen Mobilität dar. Deutliche Treibhausgasreduzierungen lassen sich hier neben dem Automobilverkehr vor allem im Luftfahrtbereich über nachhaltige Flugkraftstoffe (Sustainable Aviation Fuel - **SAF**) erzielen. Die dafür erforderliche Wertschöpfungskette (Produktion von Ausgangsstoffen sowie Verarbeitung zu Kraftstoffen) sollte so unterstützt werden, dass Fluggesellschaften zu wettbewerbsfähigen Bedingungen SAF zur Verfügung gestellt wird. Einige landwirtschaftliche Rohstoffe, die für erneuerbare Kraftstoffe verwendet werden, wurden aufgrund ihrer möglichen Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit zeitweise kritisch bewertet. Neuartige Rohstoffe wie Winter- und Zwischenölsaaten können jedoch zwischen Fruchtfolgen angebaut werden und tragen so zur Produktion erneuerbarer SAF bei, ohne um die Verwendung als Nahrungsmittel zu konkurrieren. Sie bieten auch ökologische und sozioökonomische Vorteile wie eine verbesserte Bodengesundheit und Kohlenstoffbindung sowie neue Einnahmequellen für Landwirte.

**Landwirtschaft:** Die Stärke der deutschen Landwirtschaft liegt in ihrer Vielfalt wie konventionellen, ökologischen und regenerativen sowie anderen Anbausystemen, die alle zur **nachhaltigen Ernährungssicherung** unter den vielen verschiedenen Bedingungen beitragen. Die Agrarpolitik sollte diese Vielfalt einbeziehen und Landwirte in die Lage versetzen, unabhängig von der gewählten Form der Anbausysteme die gewünschten Nachhaltigkeitsergebnisse zu erzielen. Die Agrarpolitik sollte ergebnisorientiert sein, da dies die landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten dazu einlädt, landwirtschaftliche Systeme aufzubauen, die diese Ergebnisse liefern, Anreize für Investitionen in wirksame Instrumente und Verfahren schafft und einen fruchtbaren Boden für öffentliche und private Anreize zur Stärkung der Nachhaltigkeitsleistung bietet. Die Nachhaltigkeitsergebnisse sollen dabei auf die erzielte Menge bezogen werden, um die Effizienz bei der Nutzung natürlicher Ressourcen zu sichern und zu fördern.

Zudem sollte ermöglicht werden, dass **alle Innovationen** und neuesten **wissenschaftlichen Fortschritte Landwirte** zugänglich gemacht werden. So können die Herausforderungen und Ertragsverluste, wie sie durch den **Klimawandel** und den Wandel der **biologischen Vielfalt** verursacht werden, zu bewältigen und sicherzustellen. Ohne ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Landwirte werden die Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht werden können. Die Agrarpolitik sollte sicherstellen, dass ein gewünschtes Ergebnis immer mit einem fairen wirtschaftlichen Auskommen für die Landwirte einhergeht.

**Schutz geistigen Eigentums / IP: Innovationen** werden nur dann nachhaltig ermöglicht, wenn die dahinterstehenden **Investitionen** durch einen verlässlichen **Patentschutz** geschützt sind. In naher Zukunft sind z.B. zahlreiche Innovationen in der **Biotechnologie** zu erwarten. Dies gilt sowohl für die pharmazeutische als auch die agrarwissenschaftliche Forschung. Damit der Forschungs- und Industriestandort Deutschland wettbewerbsfähig bleibt, muss ein entsprechender praxistauglicher Rechtsrahmen für die EU entwickelt werden.

Auch grundsätzlich sollte sich die Bundesregierung für einen starken Patentschutz einsetzen und dies auch bei internationalen Organisationen offensiv vortragen. Dies ist elementare Voraussetzung für einen attraktiven Investitionsstandort. Nur mit einem verlässlichen IP-Schutz

können aus Europa heraus Zukunftstechnologien z.B. im Bereich Künstliche Intelligenz, Zell- und Gentherapie und der Landwirtschaft entwickelt werden.

Notwendig dafür ist eine einheitliche Strategie der Bundesregierung, damit Aktivitäten zum Patentschutz nicht von verschiedenen Ministerien oder Fachbereichen unterschiedlich oder sogar konträr interpretiert werden.

**Umwelt:** Der EU-Green Deal muss im Umweltbereich von einem industriepolitischen Konzept begleitet werden. Das bedeutet, negative Auswirkungen auf die Produktion zu vermeiden, z.B. bei der laufenden **PFAS-Gesetzgebung**. Auf die Arzneimittel- als auch Pflanzenschutzmittelproduktion in Deutschland kann auch die Umsetzung der **EU-Kommunalabwasserrichtlinie** gravierende Folgen haben: Demnach sollen mindestens 80 Prozent der Kosten für neue Kläranlagen von der Pharma-/Kosmetikindustrie getragen werden. Die Bundesregierung muss den Umsetzungsprozess gemeinsam mit der Industrie sehr sorgfältig angehen, um drastische Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit auszuschließen.

**Zell- und Gentherapien und die Versorgung von Morgen:** Die **personalisierte Medizin** bietet für Patient:Innen ungekannte Chancen, stellt die Gesundheitsversorgung aber gleichzeitig vor neue Herausforderungen. Viele Zell- und Gentherapien (CGT's) stehen vor der Herausforderung, dass sie die strengen Bewertungskriterien des AMNOG-Systems zum Nachweis eines **Zusatznutzens** aus ethischen, methodischen oder praktischen Grenzen nur schwer erfüllen können. Das Vorgehen muss deshalb „fit für die Zukunft“ gemacht werden, indem für solche Grenzfälle einzelfallgerechte, situativ angemessene Nutznachweise abgewogen werden können. Dies sollte über flexible Erstattungsmodelle oder den Abbau von Versorgungshürden durch Automatisierung und Bürokratieabbau erfolgreich umgesetzt werden.